

Verkehrsregime sorgt bei Parteien für Unmut

Die Basler Parteipräsidentinnen und -Präsidenten sehen beim Verkehrskonzept Innenstadt Nachholbedarf

Von Markus Vogt und Aaron Agnolazza

Basel. Das neue Basler Verkehrsregime, das seit dem 1. Januar offiziell in Kraft ist, leidet an Kinderkrankheiten: Gewerbebetriebe können nicht wie bis anhin zu den gewohnten Zeiten zuliefern, Notfalldienste müssen Ausnahmegewilligungen einholen, deren Ausstellung bis zu 24 Stunden dauern kann, was für einen Notfall meist zu lange ist. Fahren Notfalldienste ohne diese Bewilligung in die Innenstadt, riskieren sie eine Busse.

Unter der Führung von Direktor Gabriel Barel ist der Basler Gewerbeverband vor einer Woche bereits in die Offensive gegangen und hat zusammen mit Parlamentariern mehrerer Parteien Vorstösse präsentiert, die das Verkehrsregime optimieren sollen. So fordert Mirjam Ballmer, Co-Präsidentin der Grünen, ein privatwirtschaftliches City-Logistik-Modell für Kurierdienste.

CVP-Grossrätin Pasqualine Balmelli-Gallacchi möchte ihrerseits mit einem Vorstoss die Güterumschlagszeiten ausdehnen, damit Lieferanten die Innenstadt täglich von 5 bis 11 Uhr befahren dürfen.

Poller in der Innenstadt

Eine ähnliche Richtung hat der Vorstoss von Martina Bernasconi von den Grünliberalen (GLP), der vorsieht, dass Geschäften mit einem Produktionsbetrieb erlaubt wird, jederzeit zu ihrem Geschäft zu fahren. Voraussetzung dafür soll laut Bernasconis Vorstoss sein, dass die Zufahrt mit einem «Ökofahrzeug» erfolgt und es sich bei der Fahrt um einen Güterumschlag handelt.

Mit einem Anzug fordert LDP-Grossrat Heiner Vischer die Einführung eines Pollersystems in der Innenstadt. Andreas Zappalà von der FDP verlangt in einem weiteren Vorstoss ein neues Gebührensystem für die Zufahrt zur Innenstadt.

Nachdem mit der Offensive des Gewerbeverbands einzelne Parteipolitiker ihre Lösungsvorschläge für die Umsetzung des Verkehrsregimes prä-

sentiert hatten, hat die BaZ die Präsidentinnen und Präsidenten der Basler Parteien zu einer Stellungnahme eingeladen. Die BaZ wollte in Erfahrung bringen, wie es mit dem Verkehrsregime nach der heftigen Kritik der ersten Tage weitergehen soll und ob es allenfalls auch noch überarbeitet werden muss.

«Umsetzung nicht verzögern»

Geht es nach BastA!-Präsident Urs Müller, soll das Verkehrskonzept Innenstadt so umgesetzt werden wie vorgesehen: «Wenn jetzt an den vorhandenen Fragen weiterdiskutiert wird, kommt man auf keinen grünen Zweig, weil sowohl die Befürworter als auch die Gegner des Verkehrsregimes sich in unzähligen Debatten im Parlament weiter aufhalten würden.»

Auch für SP-Präsidentin Brigitte Hollinger ist es wichtig, dass das Verkehrsregime nicht mehr länger hinausgezögert wird. Die jüngst lancierten Vorstösse seien Anpassungen, die am Gesamtkonzept nichts änderten, so Hollinger: «Die Umsetzung des Verkehrskonzeptes hat eben erst begonnen und Anpassungen werden nun vorgenommen.»

Anders sieht es David Wüest-Rudin, Präsident der Grünliberalen. Er wirft dem Regierungsrat Versagen vor. «Die Regierung muss nun endlich ihre Aufgabe sauber erledigen. Das heisst: für ausreichend Möglichkeiten für Zufahrt des Gewerbes, von Anwohnern und Behinderten ohne Bürokratiemonster sorgen und zugleich den Zufahrts- und Parkingmissbrauch vermeiden.»

Daniel Stolz, Präsident der FDP, kritisiert ebenfalls die fehlenden Behindertenparkplätze und fordert zugleich eine Überarbeitung des Verkehrskonzeptes. «Nötig ist ein neuer Anlauf. Hier muss Bau- und Verkehrsdirektor Wessels handeln und alle an einen Tisch bringen. Wenn er es nicht tut, dann wird es der Grosse Rat tun oder es wird eine Volksinitiative lanciert.» Dem jetzigen Verkehrskonzept ist laut Stolz allein mit den Diskussionen um Elektrowelos die Glaubwürdigkeit genommen worden.



Daniel Stolz (FDP). Fotos Roland Schmid

«Eine Stadt muss sich entwickeln können»

Basel. «Eine Stadt ist per Definition ein Ort des Austausches. Eine Stadt muss leben und eine Stadt muss sich entwickeln können. Diese historischen Tatsachen müssten gerade im Bau- und Verkehrsdepartement beim Verkehrskonzept endlich berücksichtigt werden. Dies ist leider nicht der Fall. Das Beispiel der fehlenden Behindertenparkplätze zeigt schon, dass es so nicht geht. Keine Regelung, kein Gesetz ist unveränderbar. Dies gilt auch für das Verkehrskonzept. Die Diskussion nur schon um den Zugang der Elektrowelos hat dem Verkehrskonzept jede Glaubwürdigkeit genommen. Deshalb braucht es einen neuen Anlauf. Wer jetzt mauert und sich auf den Grossratsbeschluss beruft, schadet nur der Innenstadt. Auch das verdrossene Schweigen aus dem Bau- und Verkehrsdepartement hilft nicht weiter. Im Gegenteil. Vorschläge wie die vom Gewerbeverband hingegen sind ein erster richtiger Schritt. Nötig ist ein neuer Anlauf. Hier muss Bau- und Verkehrsdirektor Wessels handeln und alle an einen Tisch bringen. Wenn er es nicht tut, dann wird es der Grosse Rat tun oder es wird eine Volksinitiative lanciert.»



Lukas Engelberger (CVP).

«Verkehrskonzept mit Augenmass umsetzen»

Basel. «Die CVP Basel-Stadt befürwortet grundsätzlich die verkehrsfreie Innenstadt. Sie kommt nicht nur der Bevölkerung zugute, sondern auch den Geschäften, die von einem attraktiven Umfeld und zusätzlicher Laufkundschaft profitieren. Dass bei einem neuen Konzept nicht alles von Anfang an perfekt funktioniert, ist für die CVP verständlich. Umso wichtiger ist für die Partei, dass man das neue Konzept mit Augenmass und gesundem Menschenverstand umsetzt – vor allem gegenüber dem Gewerbe und auch den Behinderten, denn gerade für diese Betroffenen ist das Konzept eine grosse Umstellung. Die Verordnungen des Regierungsrats müssen auf ihre Praxis- und Wirtschaftstauglichkeit geprüft werden. Zu diesem Zweck soll die Regierung nochmals Rücksprache nehmen mit dem Gewerbe, um dessen Bedürfnisse besser zu berücksichtigen. Dazu gehören auch Klarheit und Rechtssicherheit. Die bestehenden Unsicherheiten müssen beseitigt werden. Das neue Innenstadtkonzept hat grosses Potenzial für die gesamte Bevölkerung. Zur Überwindung der Anfangsschwierigkeiten braucht es aber mehr Augenmass, gesunden Menschenverstand und Sinn für das praktische Machbare.»



Sebastian Frehner (SVP).

«Das Gewerbe nicht benachteiligen»

Basel. «Die Probleme, die nun für das Gewerbe auftauchen und entstehen, überraschen uns nicht. Die SVP hat sich nicht zuletzt deshalb gegen dieses Konzept ausgesprochen. Wir begrüßen im Grundsatz die nun vom Gewerbeverband Basel-Stadt lancierten Vorstösse, die man als flankierende Massnahmen betrachten kann. Aus unserer Sicht müsste man sich aber grundsätzlich überlegen, wie eine verkehrsfreie Innenstadt sich mit lokalem Gewerbe verträglich. Das Verkehrsregime muss vor allem gelockert und den Bedürfnissen des Gewerbes angepasst werden. Die jetzigen Regelungen sind zu bürokratielastig und führen zu einem erheblichen Mehraufwand für die Gewerbetreibenden und die Zuliefererbetriebe. Die Ausdehnung der freien Durchfahrtszeit bis um 11 Uhr ist sicherlich der richtige Weg. Nun müssen aber vor allem auch für die Notfallbetriebe rasche und unkomplizierte Lösungen gefunden werden. Diese soll wenn immer möglich die Verwaltung direkt umsetzen. Wenn sich die Verwaltung, geprägt von ihrer linksgrünen Velogeminnung davor drückt, dann ist das Sache des Parlaments. Die SVP wird alles dafür unternehmen, dass das Gewerbe durch das neue Verkehrsregime nicht benachteiligt wird.»



David Wüest-Rudin (GLP).

«Die Kritik am Grossen Rat ist fehl am Platz»

Basel. «Versagt hat der Regierungsrat. Er steht in der Pflicht, denn er regelt per Verordnung die ausnahmsweise Zufahrt zur Innenstadt. Die ist zu überarbeiten und zu verbessern. Demgegenüber muss am generellen Verkehrsregime Innenstadt gar nichts geändert werden. Die Befreiung der Innenstadt vom Autoverkehr und die Zonen für Fussgänger beziehungsweise Begegnung sind richtig. Die in einzelnen Medien geäusserte scharfe Kritik am Grossen Rat ist völlig fehl am Platz. Die Regierung muss nun endlich ihre Aufgabe sauber erledigen, das heisst ausreichend Möglichkeiten für Zufahrt des Gewerbes, von Anwohnern und Behinderten ohne Bürokratiemonster sorgen und zugleich den Zufahrts- und Parkingmissbrauch vermeiden. Das ist zwar nicht ganz einfach, aber es ist kein Gütesiegel, dass dies in zwei Anläufen nicht gelungen ist. Der Grosse Rat hat jetzt mit verschiedenen Vorstössen die Regierung in die Pflicht genommen. Mit diesen Nachbesserungen sollte man starten und nach ein paar Jahren mit den Erfahrungen noch Details anpassen können.»



Mirjam Ballmer (GB).

«Das Verkehrskonzept rasch umsetzen»

Basel. «Das Verkehrskonzept ist seit dem 1. Januar in Kraft und muss so schnell als möglich auch umgesetzt werden. Mit den breit abgestützten Vorstössen schlagen wir gemeinsam mit dem Gewerbeverband konkrete Ausführungen des Verkehrskonzeptes Innenstadt vor. Wir erwarten, dass diese überwiesen und rasch umgesetzt werden. Das vom Grossen Rat beschlossene Konzept ist gut und wird die Innenstadt enorm aufwerten. Es braucht ein paar kleine Anpassungen in der Praxis, da bei der Verwaltung offenbar Unsicherheiten in einigen Punkten bestehen. Die einzige und beste Lösung sind die nun von Heiner Vischer vorgeschlagenen Poller. Diese haben die Grünen schon früh gefordert und der Grosse Rat hat bereits 2008 mit den Leitplanken der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission und 2011 mit einem Vorstoss den Einsatz von mechanischen Sperrern in der Basler Innenstadt gefordert. Sie sollen nun möglichst schnell installiert werden. Bis es so weit ist, können wir mit den anderen zusammen mit dem Gewerbeverband vorgeschlagenen Anpassungen leben. Wenn der Grosse Rat diese Vorstösse nun überweist, was anzunehmen ist, kann die Verwaltung unverzüglich mit deren Umsetzung beginnen.»



Patricia von Falkenstein (LDP).

«Wir lehnen die radikale Regelung ab»

Basel. «Die Regierung tut sich schwer, eine Innenstadt-Verkehrspolitik umzusetzen, die den Interessen der Kundschaft ebenso entspricht wie dem Gewerbe. Die heutige radikale Regelung lehnt die LDP ab. Es darf nicht sein, dass ein Pizza-Bäcker vertrieben wird, es darf nicht sein, dass der Galerist seine Bilder nicht mehr von einer Ausstellung zurückbringen kann, es darf nicht sein, dass Betagte nicht mehr von den Angehörigen in eine Arztpraxis gefahren werden können. Ganz zu schweigen von den Notfalldiensten. Fussgängerzonen sind zu begrüssen. Andere Städte haben dies wirtschaftsfreundlicher geregelt als wir, ohne die Qualität für die Kundschaft zu verringern. Es braucht rasch umfassende Korrekturen. Die LDP fordert die Regierung auf, im Dialog mit Betroffenen bessere Lösungen zu finden. Es muss Ausnahmeregelungen geben. Die LDP wehrt sich für das Gewerbe und die Anwohner und wird nicht zulassen, dass Betriebe und Leute aus Basel wegziehen wegen einer sturen und doktrinären Verkehrspolitik.»



Brigitte Hollinger (SP).

«Attraktive Innenstadt ist im Interesse aller»

Basel. «Die SP Basel-Stadt steht nach wie vor hinter dem Verkehrskonzept. Die SP setzt sich schon seit Jahren für eine belebte, autofreie Innenstadt ein. Eine attraktive, fussgängerfreundliche Innenstadt ist im Interesse aller: Sie dient der Bevölkerung und dem Tourismus und unterstützt die Geschäfte. Es ist daher wichtig, dass das Verkehrskonzept so rasch wie möglich eingeführt wird, und es sollte keinesfalls länger hinausgezögert werden. Im Verkehrskonzept stehen Fussgänger und Fussgängerinnen sowie der öffentliche Verkehr im Zentrum. Bei den jüngst lancierten Vorstössen handelt es sich um Anpassungen, die am Gesamtkonzept nichts ändern. Es versteht sich von selbst, dass Blaulichtorganisationen ohne jegliche Bürokratie vor Ort ihren Einsatz leisten können. In zeitlichen Fenstern stehen auch den automobilen Ansprüchen von Zulieferern und Handwerkern nichts entgegen. Die Umsetzung des Verkehrskonzeptes hat eben erst begonnen und Anpassungen werden nun vorgenommen. Dieser Prozess ist mit konstruktiven – und nicht obstruktiven – Vorschlägen zu begleiten. Und dann wird auch das ganze Potenzial, das im Konzept steckt, erlebbar und sichtbar werden.»



Urs Müller (BastA!).

«Verkehrsregime umsetzen wie vorgesehen»

Basel. «Ich bin klar dafür, dass das Verkehrsregime jetzt so umgesetzt werden soll, wie es vorgesehen ist. Wenn jetzt an den vorhandenen Fragen weiterdiskutiert wird, kommt man auf keinen grünen Zweig, weil sowohl die Befürworter als auch die Gegner des Verkehrsregimes sich in unzähligen Debatten im Parlament weiter aufhalten würden. Ich finde es grundsätzlich wichtig, dass das ansässige Gewerbe, wie beispielsweise Bäckereien, Blumenläden und weitere auch am Nachmittag beliefert werden können. Auch für Notfalldienste, wie beispielsweise Schlüsseldienste, soll das zuständige Departement tragfähige Lösungen finden. Für den öffentlichen Verkehr, insbesondere die Trams, ist die konsequente Umsetzung des Verkehrsregimes eine Chance, dass er wieder flüssiger fährt.»